Dr. Roland Stieler, Sektion Politische Ökonomie

Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus

UZ-REIHE:
Politische Ökonomie des Sozialismus

9 Erforschung des Wesens der Ware-Geld-Beziehung im Sozialismus

Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unseres Volkes erfolgt vor allem durch:

Eines der grundlegenden Probleme der Politischen Ökonomie des Sozialismus ist die Erforschung des Wesens der Ware-Geld-Beziehung im Sozialismus. Sie liefert damit zugleich die theoretischen Grundlagen für die bewußte und planmäßige wirtschaftspolitische Ausnutzung und Gestaltung der Ware-Geld-Beziehungen, die auch in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der sozialistischen Länder keineswegs an Bedeutung verloren haben. So wurde auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU festgestellt, „daß die Ware-Geld-Beziehungen zur Festigung der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft und zur Förderung der Initiative der Betriebe und Vereinigungen nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Rechnungsführung genutzt werden können und müssen."[1]

Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialistischen Planwirtschaft

Es entsteht daher zunächst die Frage, wieso die sozialistische Planwirtschaft der Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen überhaupt bedarf und welche Rolle diese im Sozialismus spielen.

Bekanntlich entwickelte Marx die Kategorie der Ware ausgehend vom Austauschprozeß der arbeitsteilig miteinander verbundenen Privatproduzenten. Er zeigte, daß die verschiedenen Produkte einerseits überhaupt nur in Austausch treten können, sofern in ihnen konkrete, gebrauchswertbildende Arbeit steckt und daß sie andererseits miteinander verglichen werden können, insofern in ihnen allen allgemein menschliche Arbeit, Arbeit im abstrakten Sinne steckt. Indem sie so verglichen werden, werden sie zugleich untereinander entsprechend der in ihnen enthaltenen abstrakten Arbeit bewertet: jene Produkte, in denen eine größere Menge dieser Arbeit steckt, besitzen einen höheren Wert als andere Waren, in denen weniger abstrakte Arbeit steckt. Die abstrakte Arbeit bildet daher Wert. Aber nur „insofern sie gesellschaftlich notwendig, enthält die Privatarbeit allgemein menschliche Arbeit".[2]

Dieses gesellschaftlich notwendige Maß an Arbeitsaufwand, das also die Substanz, die Basis des Wertes bildet, ist aber nicht im Vorhinein gegeben, denn es ist eine gesellschaftliche Größe und kann nur gesellschaftlich bestimmt sein. Da der gesellschaftliche Zusammenhang jedoch im Kapitalismus erst im Austauschprozeß in Erscheinung tritt, kann sich auch der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand erst im Austauschprozeß herausbilden und sichtbar werden. Die Form in der er sichtbar wird, ist damit zugleich gegeben. Der Wert als das den Austausch vermittelnde gesellschaftliche Verhältnis kann so nur erscheinen „als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen."[3] Der Wert einer Ware kann also nur relativ ausgedrückt werden: im Gebrauchswert einer anderen Ware. Eine Ware ist also nicht so und so viel Arbeitsstunden, sondern ein bestimmtes Quantum eines anderen Gebrauchswertes wert. Das heißt nichts anderes, als daß der gesellschaftliche Arbeitsaufwand hier nur in materiell-gebrauchswertmäßiger, dinglicher, also in Geldform in Erscheinung treten kann.

Bestimmung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeitaufwandes im Prozeß der Gesamtplanung

Im Sozialismus bildet sich der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand nicht erst im Austauschprozeß heraus; seine Bestimmung erfolgt im Prozeß der Gesamtplanung.

Es kann daher nicht die Funktion des Austauschprozesses zwischen den über diesen Plan verbundenen sozialistischen Produzenten sein, den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand herauszubilden und erst hier zu messen und festzustellen. Folglich kann auch die Bewertung der verschiedenen Produkte im planmäßigen Austauschprozeß nicht — wie im Kapitalismus — den Sinn haben, das gesellschaftlich notwendige Maß der Verausgabung von Arbeit festzustellen. Daraus zogen Marx und Engels den Schluß, daß es auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln keine Warenproduktion geben könne.[4] Dies trifft voll zu, wenn man die soziale Funktion des Warenwertes im Kapitalismus im Auge hat, die — wie angeführt — darin besteht, den gesellschaftlichen Zusammenhang der Privatproduzenten im Austauschprozeß zu vermitteln. Diese kann es im Sozialismus nicht geben. So betrachtete auch Lenin zunächst das staatliche sozialistische Produkt nicht mehr als Ware. Er schrieb im Jahre 1921: „... das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware, nicht mehr Ware, hört auf, Ware zu sein."[5] Dennoch existieren Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus. Das heißt, daß auch im Sozialismus die verschiedenen arbeitsteilig produzierten Gebrauchswertmengen im Austauschprozeß der planmäßig organisierten Betriebe im Bezug auf die in ihnen enthaltene Arbeit verglichen werden, obwohl das Maß des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes im Prozeß der Planung festgelegt wird.

Das kann aber nur bedeuten, daß es in diesem Vergleich gerade darauf ankommt, den planmäßig festgelegten gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand in jener spezifischen Form auszudrücken, die diesem Vergleich eigen ist. — nämlich in gebrauchswertmäßiger, dinglicher oder Geldform. Dieser Form aber ist die Eigenschaft eigen, Arbeitsaufwand unmittelbar in bestimmten Quanten der unterschiedlichen Gebrauchswerte, also Produktions- und Konsumtionsmitteln, auszudrücken. Eine Einsparung an Arbeit ist also so und so viel der Menge an bestimmten Produktionsmitteln oder Konsumgütern wert; ebenso entspricht ein gesellschaftlicher Verlust an Arbeit einer bestimmten Menge unterschiedlicher Gebrauchswerte.

Die unmittelbar, „sichtbare" Herstellung dieses Zusammenhanges ist für die Arbeit der sozialistischen Betriebskollektive von wesentlicher Bedeutung, denn daraus ergibt sich die Möglichkeit, direkt und spürbar zum Ausdruck zu bringen, welche materiellen Vor- und Nachteile entstehen, wenn der Arbeitsaufwand über oder unter dem gesellschaftlich notwendigen, d. h. dem geplanten Maße liegt, ob die produktiven und individuellen materiellen Bedürfnisse der Werktätigen im notwendigen (geplanten) Maße befriedigt werden können oder nicht. Dies schafft einen unmittelbaren materiellen Anreiz, die Arbeit in den sozialistischen Betrieben im geplanten, im gesellschaftlich notwendigen Maße zu verausgaben, also die Arbeitsproduktivität zu steigern usw.

Die Ausnutzung dieser Eigenschaft des mit der materiell-gebrauchswertmäßigen (geldmäßigen) Erscheinungsform untrennbar verbundenen Warenwertes trägt daher wesentlich dazu bei, die planmäßige Produktion oder — wie auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU ausgedrückt wurde — die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft zu festigen und die Initiative der Werktätigen zu fördern. Gerade Lenin verband die Notwendigkeit der Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus engstens mit der Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Förderung der materiellen Interessiertheit.

Die Warenproduktion und das Wertgesetz, nach dem sich der Wert einer Ware zum Wert jeder anderen Ware wie die zur Produktion der einen notwendigen Arbeitszeit zu der für die Produktion der anderen notwendigen Arbeitszeit verhält[6] besitzen demnach im Sozialismus einen ganz anderen Inhalt als im Kapitalismus.

Sie sind untrennbar mit jenen ökonomischen Gesetzen verbunden, die überhaupt nur auf der Basis des gesamtgesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln wirken: vor allem mit dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus und dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung. Das Wertgesetz bewirkt hier nicht die Herstellung des gesellschaftlich notwendigen Zusammenhanges der arbeitsteiligen Produzenten. Es dient der bestmöglichen Durchsetzung der von vornherein gesamtgesellschaftlich im Plan festgelegten notwendigen Proportionen in bezug auf die Verausgabung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, in dem die materiell-gebrauchswertmäßige Erscheinungsform des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes planmäßig ausgenutzt wird. So bleibt auch kein Platz für Spekulationen über die regulierende Funktion des Marktes im Sozialismus, wie sie in bestimmten antisozialistischen Konzeptionen verbreitet werden.

Erst in der zweiten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft werden im Zusammenhang mit der Erhöhung des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse eine Reihe von Existenzbedingungen des Wertgesetzes verschwinden.

---

1) s. „Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971–75", APN-Verlag Moskau, Dietz Verlag Berlin 1971, S. 37
2) s. MEW, Bd. 19, S. 194
3) s. MEW, Bd. 23, S. 80
4) vgl. MEW, Bd. 19, S. 18/20, u. Bd. 23, S. 203 ff.
5) s. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 469–481
6) s. MEW, Bd. 23, S. 54

Gewalt in imperialistischer „Integrations"politik

Von Dr. habil. Manfred Premßler, Institut für internationale Studien

„Reform"- und „Integrations"politik des Monopolkapitals — Methode des Betrugs, der Versprechungen und der Zugeständnisse im Unwesentlichen, um die Herrschaft des Großkapitals zu erhalten (DKP)

Die „Integrations"politik, wie sie derzeit von der Monopolbourgeoisie der BRD durchzusetzen versucht wird, stellt weder ein Abgehen von Hauptmethoden imperialistischer Herrschaftsausübung dar, noch bedeutet sie den Verzicht auf eine dieser Methoden. Sie spiegelt lediglich die Tatsache wider, daß dem Imperialismus auch heute nichts anderes übrig bleibt, als nur hinsichtlich der Gewichtsverlagerung und der Kombination seiner Hauptmethoden zur Niederhaltung des Volkes zu manövrieren.

Bestimmung des Wesens imperialistischer „Integrations"-politik

Bei der Bestimmung des Wesens imperialistischer „Integrations"politik auch aus dieser Sicht zeigt sich erneut die Treffsicherheit und historische Weitsicht der Leninschen Imperialismusanalyse und -kritik. Sie schließt den Nachweis ein, daß sich die äußerliche Vielfalt der Methoden imperialistischer Machtausübung auf zwei Hauptmethoden reduziert. Die Bourgeoisie bildet „in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten."[1] Lenin charakterisierte die erste Methode als „die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen".[2] Die zweite Methode bezeichnete er als die „Methode des ‚Liberalismus', der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.",[3] als die „Methode des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrasen, der millionenfachen Versprechungen, der lumpigen Bettelgaben, der Zugeständnisse im Unwichtigen, der Erhaltung des Wichtigen".[4]

Diese zwei Methoden ergänzen und ermöglichen sich gegenseitig. Die Methode der Gewalt braucht die Methode der Zugeständnisse, des Betrugs, der Phrasen ebenso, wie die zweite Methode auf die erste nicht verzichten kann. Die imperialistische Herrschaft ist durch die dialektische Einheit beider Methoden gekennzeichnet. Dabei ist der Stellenwert der Gewalt jedoch einem ständigen Wechsel unterworfen. Er ist abhängig von einem objektiven Faktor, dem Ausmaß der politischen, ökonomischen und sozialen Instabilität in den gesellschaftlichen Hauptbereichen, und von einem subjektiven Faktor, der Organisiertheit und der Bewußtheit der antiimperialistischen Kräfte sowie deren Umschlag in antiimperialistische Aktionen.

„Reform"politik bedeutet Ausbau des Gewaltinstrumentarismus

Mit der derzeitigen „Integrations"-politik kombinieren die herrschenden Kräfte in der BRD ihre Hauptmethoden zur Niederhaltung des Volkes auf neue Weise. Sie räumen der Methode der Reformverheißungen den Vorrang ein und hüllen ohnehin fällige Veränderungen in das Gewand von „Reformen"; gleichzeitig flankieren sie die „Reform"-politik mit einem verschleierten und im wesentlichen präventiven Ausbau des Gewaltinstrumentariums sowie dessen massivem Einsatz möglichst nur in akuten Systemkrisen. Gewalt oder die Drohung mit ihr sollen entweder die Teile der westdeutschen Bevölkerung in das imperialistische System zwangsweise einordnen, bei denen die „Reform"-politik bisher erfolglos blieb, oder die auch dann noch nicht gefügigen Kräfte durch offene Terrormaßnahmen isolieren und ihren Aktionsraum entscheidend eindämmen.

Neue Erscheinungsformen der Gewaltausübung des herrschenden Machtapparates

Analysiert man die Methode der Gewalt im Rahmen der imperialistischen „Integrations"politik, so wird deutlich, daß sie unter den Bedingungen der wachsenden Labilität in neuen Erscheinungsformen auftritt.

1 Die Gewalt wird vorwiegend in der Form von präventiven Maßnahmen zur Eindämmung der inneren Klassenwidersprüche und zur Unterdrückung aller antiimperialistischen Bewegungen vollzogen. Ihr Ausbau und ihre weitgehende Perfektionierung ist eine wesentliche Voraussetzung für die gegenwärtig praktizierte flexiblere Variante imperialistischer Herrschaftsausübung. Mit der Möglichkeit, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu militarisieren, das gesamte Wirtschaftsleben diktatorisch zu steuern und die ökonomischen Ressourcen in den Dienst einer aggressiven imperialistischen Politik zu stellen, die demokratischen Rechte und Freiheiten völlig außer Kraft zu setzen sowie die arbeitende Bevölkerung mit Hilfe von Zwangsverpflichtungen einer uneingeschränkten Befehlsgewalt des Staates und der Monopole zu unterwerfen, ist Vorsorge dafür getroffen worden, daß im Falle systembedrohender Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen ein Regime offener Gewaltanwendung gegenüber der Bevölkerung errichtet werden kann.

2 Die Gewalt wird vorrangig zur Absicherung des imperialistischen „Reform"programms eingesetzt. Sobald Aktionen der Arbeiterklasse, der studentischen Jugend, von Lehrlingen und Schülern die Grenzen des Integrationsmechanismus deutlich machen, wenden die herrschenden Kräfte offenen Terror an, wie zum Beispiel die koordinierten Aktionen von Polizei und Justiz gegen die „Rote-Punkt"-Bewegung, eine Protestaktion gegen die unerträglichen Fahrpreiserhöhungen bei den kommunalen Verkehrsmitteln oder die massenweisen Aussperrungen der Monopole als Antwort auf eine erhöhte Streikbewegung sichtbar beweisen.

3 Die Gewalt a n d r o h u n g gewinnt zunehmende Bedeutung. Da die Monopolbourgeoisie zu jedem beliebigen Zeitpunkt eine autoritäre Willkürherrschaft errichten kann, soll die permanente Androhung der Gewalt dem Druck auf die Arbeiterklasse und andere Schichten der westdeutschen Bevölkerung verstärken, um sie von Aktionen abzuhalten und ihre Eingliederung in das staatsmonopolistische System zu beschleunigen. Gleichzeitig soll sie soweit wie möglich die Gewalt a n w e n d u n g ersetzen, damit das ausgedehnte Netz der ideologischen Manipulierung, der ökonomischen und parteipolitischen Bindung und anderer Methoden, auf denen die „Reform"politik aufgebaut ist und die ihren Inhalt bilden, nicht in Frage gestellt werden. Typisch für die Gewaltandrohung ist das Aufrechterhalten des rechtswidrigen Verbots der KPD, um jederzeit ein Verbot der DKP oder andere drakonische Maßnahmen gegenüber ihren Mitgliedern und Anhängern durchsetzen zu können oder die Androhung der Aussperrung, von Verbotsmaßnahmen des politischen Strafrechts bzw. der Möglichkeiten aus dem Arbeitssicherstellungsgesetz als Ausführungsgesetz des Art. 12 a der Notstandsverfassung, um die Streikbewegung der westdeutschen Arbeiterklasse einzuschränken und zu unterdrücken.

4 Ein weiteres spezifisches Charakteristikum der Gewalt im Rahmen der „Integrations"politik ist ihre neuartige demokratische Verbrämung. Das Monopolkapital und seine politischen Parteien versuchen nachzuweisen, wenn überhaupt von der Gewalt Gebrauch gemacht wird, so richte sich diese nur gegen die Außenseiter, gegen die Feinde der Gesellschaft. Sie bemühen sich, der Unterdrückungsfunktion die in der Vergangenheit allzu offen zutage getretene terroristische Spitze zu nehmen und ihre Anwendung mit einem „allgemeinen öffentlichen Interesse" an „Sicherheit und Ordnung" zu bemänteln. In den Vordergrund wird hierbei die Argumentation gerückt, der Repressivapparat diene allein dem Schutz der ganzen Bevölkerung vor kriminellen Angriffen, der Bewahrung von Sicherheit und Ruhe, mithin der Sicherung der individuellen Interessen jedes einzelnen. Demagogisch erklärte Helmut Schmidt vor dem Parteirat der SPD bereits im Jahre 1969: „... der Bürger muß das Gefühl haben können, daß die Sozialdemokratische Partei ihn davor bewahrt, daß sein kleiner Volkswagen umgestürzt wird, wenn er ins Theater oder zu seinem Gewerkschaftshaus oder zu seinem Privatbüro fährt."[5] Mit voller Absicht machen sich die herrschenden Kräfte die Sorge der Bevölkerung über die wachsende Kriminalität zunutze, um das imperialistische Repressivinstrumentarium weiter auszubauen und zu vervollkommnen.

5 Aber nicht nur der Einsatz von Gewalt wird verschleiert, auch den Repressivapparat unterwirft die Monopolbourgeoisie gewissen „Reformen". Sie versucht damit ebenfalls den Eindruck zu erwecken, als ob diese Maßnahmen den Interessen der Bevölkerung entsprächen. Die seit Jahren in der Bundesrepublik einhergehende Kriminalitätsexplosion[6] wird von ihr geschickt aufgegriffen, um den gesamten staatlichen Gewaltmechanismus in die „Reform"politik einzubeziehen, ihn zu modernisieren und schlagkräftiger zu machen. Die Pläne beziehen sich auf die Zentralisierung der Polizei und des Justizapparates, auf die Vergrößerung des Bundesgrenzschutzes und seine Umstrukturierung zu einer Bundespolizei, auf den Ausbau des Bundeskriminalamtes und der Geheimdienste sowie auf die Zentralisierung der Justiz, insbesondere der Strafjustiz. Vor allem soll bei der beabsichtigten Stabilisierung des westdeutschen Herrschaftssystems das Bundeskanzleramt mit seinem „Krisenstab" zum Informations-, Planungs- und Entscheidungszentrum der Bundesregierung ausgebaut werden.

6 Schließlich sind für die „Integrations"politik die Versuche charakteristisch, die Bevölkerung stärker am staatlichen Repressivapparat und dessen Tätigkeit zu interessieren und sie für seine Ziele zu aktivieren. Die traditionellen Instrumente imperialistischer Machtausübung mittels Gewalt werden in viel größerem Umfange als bisher mit den vorgegebenen Interessen eines fiktiven Gemeinwohls verbunden. Die herrschenden Kreise einschließlich die rechte SPD-Führung wollen den Werktätigen einreden, „alle und jeder einzelne" seien „der Staat" und „unbeschadet aller Meinungsverschiedenheiten" gebe es „eine gemeinsame demokratische Verantwortung".[7] An eine Identifizierung des Bürgers mit den Maßnahmen staatlicher Gewalt knüpfen sie die Erwartung, die Gewalt des Staates in bestimmten Fällen durch die „Gewalt" der an das System gebundenen Bürger zu ersetzen. Die Bürger sollen als Aktivposten in die Gewaltanwendung einbezogen werden. Ihnen wird vorgespiegelt, sie handeln im eigenen Interesse, wenn sie zur Wahrung von „Ordnung" und „sozialem Frieden" demokratische Aktionen oder Streiks „zersetzen" helfen.

Es zeigt sich: Die imperialistische „Integrations"politik in der BRD verzichtet nicht auf die Methode der Gewalt. Das für ihre Anwendung und Androhung geschaffene traditionelle Instrumentarium wird vielmehr ausgebaut und mit der Politik der Reformen, der ideologischen Manipulierung und der sozialen Zugeständnisse im Unwichtigen geschickt kombiniert. Die neuen Formen, in denen sich die Gewalt vollzieht, sind in ihrer Gesamtheit Ausdruck des präventiven Ausbaus staatsmonopolistischer Unterdrückung. Dieser ist wiederum zugleich Ausdruck der Defensive, in der sich die herrschenden Kräfte auch mit ihrer „Integrations"politik befinden.

---

1) W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 356
2) Ebenda
3) Ebenda
4) W. I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: W. I. Lenin, Werke Bd. 24, Berlin 1959, S. 48
5) H. Schmidt, Die SPD ist eine politische Kampforganisation. Rede H. Schmidts vor dem Parteirat der SPD in Bonn am 12. Februar 1969, in: Frankfurter Rundschau, Ostersausgabe 1969
6) Die Bundeskriminalstatistik 1970 weist eine Rekordziffer von 1,4 Millionen Straftaten aus, das entspricht einem Anstieg gegenüber 1969 um 8,8 Prozent
7) W. Brandt, „Verantwortung aller für den demokratischen Staat", Rede zur Eröffnung des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industrie-Gewerkschaft Metall am 27. September 1971 in Wiesbaden, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29. 9. 1971, S. 1385 bis 1387.